André Schollbach

zur Person

- geboren am 05. Oktober 1978 in Meißen
- 2007 Erstes Juristisches Staatsexamen
- 2008 Verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- 2007 bis 2009 Rechtsreferendariat am Landgericht Dresden
- 2009 Zweites Juristisches Staatsexamen
- seit 2010 Rechtsanwalt

zum politischen Werdegang

- 1995 Eintritt in die PDS
- seit 1999 Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
- seit 2007 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat
- 2012 Mitinitiator des „Bürgerbegehrens für den Erhalt der städtischen Krankenhäuser“; am 29. Januar 2012 stimmten bei dem Bürgerentscheid über 84 Prozent für den Erhalt der städtischen Krankenhäuser
- 2013 Mitinitiator des „Bürgerbegehrens für kommunale Wohnungen“, in dessen Folge die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft für den sozialen Wohnungsbau beschlossen wurde
- 2014 Bildung einer Kooperation aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten im Dresdner Stadtrat
- von 2014 bis 2019 Mitglied des Sächsischen Landtags, dort u. a. Obmann im Verfassungs- und Rechtsausschuss, Mitglied im Innenausschuss, Mitglied im 1. Untersuchungsausschuss („Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“)

zur Kandidatur

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Lage für unsere Partei ist – nicht nur in Sachsen – sehr ernst. Hier im Freistaat war DIE LINKE über ein Vierteljahrhundert lang die führende Oppositionspartei. Sie war die Gegenspielerin der CDU und hatte nicht unwesentlichen Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten. Schauen wir auf die Wahljahre zurück: 2004 erreichte unsere Partei – damals noch als PDS – zur Landtagswahl in Sachsen knapp 24 Prozent. Im Jahr 2009 waren es knapp 21 Prozent und vor fünf Jahren immerhin noch 19 Prozent. Über mehrere Wahlen hinweg war mithin bereits vor dem 1. September 2019 eine klare Tendenz zur erkennen. Ernsthafte Konsequenzen wurden daraus nicht gezogen. Dies haben nun die Wählerinnen und Wähler getan. An der Wahlurne wurde der LINKEN ein Rang auf dem langjährigen Niveau der sächsischen Sozialdemokratie zugewiesen. Dass ein Ergebnis wie jenes der Landtagswahl in Sachsen nicht zwingend und allein den gesellschaftlichen Umständen geschuldet ist, zeigen die im Jahr 2019 erreichten Werte der LINKEN in Bremen und Thüringen. In den vergangenen Wochen ist ein Diskussionsprozess dazu in Gang gekommen. Wir sollten hierbei auch darüber nachdenken, welche Sprache unsere Partei spricht und welche Themen in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gestellt werden. Wir werden die Frage zu beantworten haben, welche Funktion DIE LINKE in unserer Gesellschaft künftig einnehmen will (Anspruch) und tatsächlich einzunehmen in der Lage ist (Wirklichkeit).

In diesem Prozess will ich meinen Beitrag dazu leisten, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und unsere Partei wieder stärker zu machen. Deshalb kandidiere ich für den Landesvorstand. Dafür bitte ich Euch herzlich um Euer Vertrauen.